NACHRICHTEN

Wann kommt der Börsengang?

BONN: Die Post AG hat noch keine Entscheidung darüber getroffen, in welchen Ländern sie beim geplanten Börsengang im Herbst ihre Aktien anbieten wird. Ein Unternehmenssprecher widersprach am Montag einem Bericht der «Financial Times Deutschland», die Aktie solle in Deutschland, Italien, Spanien, Grossbritannien, den Niederlanden und der Schweiz angeboten werden. Es werde ein globales Angebot für institutionelle Anleger sowie eine «private europäische Tranche» geben, sagte der Sprecher. Einzelheiten würden noch festgelegt. Auch den von der Zeitung genannten 6. November als Termin des Börsengangs könne er nicht bestätigen

Washington Mutual kauft Bank United

SEATTLE: Die grösste US-Sparkasse Washington Mutual (Seattle) übernimmt die Bank United für 1,5 Mrd. Dollar. Die Bank United mit Sitz in Houston verfügt über 155 Zweigstellen in Texas. Die Aktionäre der Bank sollten 1,3 Washington Mutual-Aktien je eigenem Anteil erhalten, teilte die Washington Mutual am Montag mit. Washington Mutual hat eine Bilanzsumme von 186 Mrd. Dollar und mehr als 2000 Zweigstellen und Niederlassungen in vielen Gebieten der USA.

Steigt Lufthansa bei Billigfliegern ein?

FRANKFURT: Die Lufthansa erwägt den Einstieg bei einer Billigfluglinie. Lufthansa-Sprecher Michael Lamberti bestätigte am Montag einen entsprechenden Bericht des «Handelsblattes». «Es gibt diese Schublade, und in der liegt auch was drin», sagte Lamberti. Konkrete Pläne für einen Einstieg oder mögliche Kandidaten gebe es jedoch nicht. «Aber wir haben das in Gedanken schon durchgespielt.» Die Deutsche Lufthansa AG überwache «mit Argusaugen» den Markt. Eine Kooperation allein würde aber keinen Sinn machen. «Notwendig wäre dann auf jeden Fall eine finanzielle Beteiligung an einer Billig-Airline, um die Renditen im Markt abschöpfen zu können», zitierte das «Handelsblatt» den für das Netzmanagement zuständigen Vorstand Ralf Teckentrup.

Einstiegsmöglichkeiten böten sich mehrere. So seien sowohl Ryanair als auch Virgin Express börsennotiert. Und auch die britische Gesellschaft Easyjet mit Ableger in Genf wolle im Herbst Kapital an der Börse platzieren, um seine Expansion zu finanzieren. Es gebe Schätzungen, wonach Billigflieger in den nächsten vier bis fünf Jahren ihren Anteil am europäischen Markt um drei bis sechs Prozent steigern könnten, sagte Lamberti.

Widerstand gegen Stempelsteuer-Pläne

BERN: Die Sozialdemokratische Partei (SP) der Schweiz hat den Banken unterstützten Plänen des Finanzdepartements zum Teilabbau der Stempelsteuer auf dem Dringlichkeitsweg den Kampf angesagt. In einer scharfen Stellungnahme warf die SP Finanzminister Kaspar Villiger vor, dem Druck der Bankenlobby nachzugeben und frühere Versprechen nicht einzuhalten. Es bestehe zweifellos ein gewisser Druck auf die Stempelabgabe. Nichts rechtfertige aber die Umgehung der demokratischen Entscheidungsprozesse. Es gehe nicht an, dass der Bund auf diese Art den Banken kompensationslose Steuergeschenke mache. Die SP verlangte deshalb nach eigenen Angaben an der konferenziellen Vernehmlassung zur Stempelsteuer-Revision vom Montag eine notrechtsmässige Entlastung der kleinen und mittleren Einkommen bei den Krankenkassenprämien.

Die Partei glaubt laut der Mitteilung ausserdem, dass die früher diskutierte Kompensationsmöglichkeit des Steuerausfalls beim Börsenstempel durch die Einführung einer Depotabgabe in einer Volksabstimmung mehrheitsfähig wäre.

Mobilfunkfusion

TORONTO: Der kanadische Mobilfunkkonzern Telus will mit der Übernahme seines Wettbewerbers Clearnet für rund 6,6 Mrd. kanadische Dollar (7,75 Mrd. Fr.) zum grössten Anbieter des Landes aufsteigen. Telus teilte am Montag in Toronto mit, das Unternehmen zahle den Clearnet-Eignern wahlweise 70 kanadische Dollar in bar oder 1,636 stimmrechtslose eigene Aktien je Clearnet-Anteilsschein.

Handynetze en massé

Telekommunikationsmarkt Schweiz: Telefoniefirmen schiessen wie Pilze aus dem Boden

BERN: Die mobile Telefonie gräbt in der Schweiz dem Festnetz die Kundschaft ab. 1999 ging die Zahl der Festnetz-Anschlüsse leicht zurück. Die Kommunikationskommission (Comcom) führt dies auf die starke Zunahme der Mobilfunkteilnehmer zurück.

1998 kamen in der Schweiz auf 100 Einwohner 22 Handys. Ein Jahr später waren es bereits 40, wie aus dem am Montag veröffentlichten Tätigkeitsbericht 1999 der Comcom hervorgeht. Das ist ein Zuwachs von 75 Prozent. Insgesamt zählte die Schweiz im letzten Jahr 2,935 Mio. Mobilfunkteilnehmer. Die Zahl der Festnetz-Anschlüsse wurde Ende 1999 auf 4,17 Millionen geschätzt, 1 Prozent weniger als im Vorjahr.

Die Handy-Manie boomt: Ende 1999 warben auf dem Schweizer Telekommunikationsmarkt 254 Firmen (1998: 171) um die Gunst der Kunden. Drei davon verfügen über eine Mobilfunkkonzession. (Archivbild)

Rasanter Preiszerfall

In der Festnetz-Telefonie beschleunigte sich der Preiszerfall im vergangenen Jahr markant. 1998 war Telefonieren um 2,6 Prozent billiger geworden. 1999 erreichte der Preisrückgang 14,7 Prozent. Von den niedrigeren Preisen konnten Unternehmen stärker profitieren als Privathaushalte. Zwei Jahre nach der Liberalisierung sei der Markt vielfältiger geworden, schreibt die Comcom weiter. Ende 1999 warben auf dem Schweizer Telekommunikationsmarkt 254 Firmen (1998: 171) um die Gunst der Kunden. Drei davon verfügen über eine Mobilfunkkonzession. Der Anteil von Swisscom, die bis 1999 noch den gesamten Mobilfunkmarkt kontrollierte, lag im Dezember 1999 noch bei 75 Prozent, Diax hielt 15 Prozent und Orange 10 Prozent.

Die Swisscom hält mit dem Festnetz auf der letzten Meile ihre letzte Festung. Alle andern Bereiche der Telefonie sind mittlerweile der Konkurrenz ausgesetzt. Die Entbündelung des Anschlussnetzes bis zu den Haushalten stelle im Moment die grösste Herausforderung für den Telekommunikationsmarkt dar, hält die Comcom fest. Zudem fehle es im Bereich der Telekommunikation an Fachleuten. Die Comcom wünscht sich seitens Bund und Kantone bei Forschung und Ausbildung ein stärkeres Engagement. Die Telekommunikationsbranche bot Ende 1999 24 000 Personen eine Vollzeitstelle. Das sind 2000 mehr als Ende 1997.

Langenthal baut 44 Arbeitsplätze ab

Porzellanfabrik im Schleudern: Rationalisierung schreitet fort

LANGENTHAL: Die Porzellanfabrik entlässt bis Ende September 44 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Der Verwaltungsrat begründete seinen Entscheid am Montag mit Überkapazitäten auf dem europäischen Markt für Tafelkultur.

Von den 142 in Langenthal Beschäftigen müssen 44 gehen. Wie es in einem Communiqué heisst, wird zehn Personen eine Frühpensionierung vorgeschlagen. Für die von der Rationalisierung betroffenen Angestellten werde ein Sozialplan errichtet. Bei der Stellensuche sollen sie unterstützt werden.

Investitionen

Investitionen von 16 Mio. Fr. in den vergangenen drei Jahren habe der Porzellan Langenthal-Gruppe ermöglicht, die Produktionsstandorte Schweiz, Frankreich und Tschechisch Republik gut zu vernetzen und Rationalisierungsmassnahmen zu realisieren. Ein Teil dieser Rationalisierungsmassnahmen sind nun die Entlassungen in Langenthal.

Bereits am vergangenen Dienstag haben die Gewerkschaften GBI und SMUV die bevorstehenden Entlassungen publik gemacht. Sie sprachen von 61 geplanten Entlassungen. Verwaltungsratsmitglied Thomas Groh hatte damals gesagt, dass noch nichts entschieden sei.

Gesprächsbereit

Die «Porzi» Langenthal hatte in den vergangenen Jahren mit Schwierigkeiten zu kämpfen. 1999 schrieb sie rote Zahlen. Im Brief der Geschäftsleitung, der letzte Woche den Gewerkschaften zugespielt wurde, werden die geplanten Entlassungen mit «Überkapazitäten» begründet. Die Arbeitnehmervertreter machen das Unternehmen verantwortlich für die Probleme: In den vergangenen Jahren seien Geschäftsbereiche ins Ausland ausgelagert worden, was der Qualität der Produkte und dem Image der Firma geschadet habe. Zu den 44 angekündeten Entlassungen will Ursula Stoll, Regionalsekretärin SMUV Oberaargau/Emmental, auf Anfrage nichts sagen. «Offiziell haben wir davon keine Kenntnis», sagte Stoll. Doch die Gewerkschaften seien gesprächsbereit. Die Porzellanfabrik beschäftigt in der Schweiz 142 Personen. In ganz Europa sind es insgesamt 1140 Beschäftigte. Weitere Standorte betreibt die Firma in Frankreich, Italien, Österreich und Tschechien.

Arbeitsplätze in Gefahr: Bereits letzte Woche haben die Gewerkschaften GBI und SMUV die bevorstehenden Entlassungen publik gemacht.

REKLAME

"Das ständige Streben
nach Ver-

"Wenn Sie lesen möchten, was Persönlichkeiten der Wirtschaft zum Thema Innovation meinen, oder wenn Sie selber Ihre Meinung darüber abgeben möchten, talk to us."

www.zurichbusiness.ch

ZURICH